Heimische Rohstoffe für den Aufschwung – VRB Jahrestagung 2025 im Zeichen von Resilienz, Regulierung und Rohstoffprojekten

Unter dem Motto „Heimische Rohstoffe für den Aufschwung“ versammelte die Vereinigung Rohstoffe und Bergbau e. V. (VRB) am 29. Oktober 2025 Vertreterinnen und Vertreter aus Unternehmen, Politik, Verwaltung und Wissenschaft zu ihrer Jahrestagung. Im Mittelpunkt standen die Fragen, wie Deutschland seine Rohstoffbasis stärken kann, und der gemeinsame Blick nach vorn auf eine sichere, nachhaltige und strategisch klug aufgestellte Versorgung ausgerichtet werden kann. Die Begrüßung und Moderation übernahm der seit Juni amtierende VRB-Hauptgeschäftsführer *Philipp Schollmeyer*, der die Tagung klar in den Kontext geopolitischer Spannungen, zunehmender Lieferkettenrisiken und einer dynamisch wachsenden Nachfrage nach mineralischen Rohstoffen stellte. Inzwischen habe sich die Lage weiter zugespitzt: unberechenbare Zollpolitik der USA, eine strategisch agierende Rohstoffpolitik in Fernost, wachsende Bedarfe für Chemie, Automobilindustrie, Energiewende, Infrastruktur und Verteidigung. Gerade diese Gemengelage mache deutlich, wie gefährlich einseitige Abhängigkeiten geworden seien – und wie groß die Chance, durch heimische Rohstoffprojekte Wertschöpfung, Arbeitsplätze, Innovation und hohe Umwelt und Sozialstandards in Europa zu sichern.

Lagebild der heimischen Rohstoffgewinnung: Bestandsaufnahme und politische Einordnung

Der VRB-Vorsitzende *Dr. Lars Kulik* stellte in seinem Abendvortrag zunächst die Breite der in der VRB organisierten Branchen heraus: von Industriemineralen über metallische Rohstoffe bis zu Kohlen- und Nachbergbau. Auf Basis einer aktuellen Rohstoffförderung von rund 700 Mio. t pro Jahr, erbracht in etwa 4.000 Betrieben mit rund 180.000 Beschäftigten, unterstrich er den unverzichtbaren Beitrag der heimischen Rohstoffindustrie zur Versorgung von Bürgern und Industrie. Er ging allerdings besonders auf die Probleme unserer Branche ein. Landauf landab kämpfen die Unternehmen mit unzureichender raumordnerischer Sicherung der Lagerstätten, stark gestiegenen Energie, Klima und Personalkosten und einer konjunkturbedingt schwachen Nachfrage, insbesondere aus der Bauwirtschaft. Hoffnung setzt die Branche auf Impulse aus dem Bund-Sondervermögen ab 2026. In der rohstoffpolitischen Einordnung erinnerte Kulik an das Bekenntnis der Bundesregierung im Koalitionsvertrag, die Gewinnung heimischer Rohstoffe pragmatisch zu unterstützen und Genehmigungen zu erleichtern. Zugleich warnte er vor wachsenden Importabhängigkeiten bei Metallen und Seltenen Erden, insbesondere gegenüber China, das Rohstoffe zunehmend als geopolitisches Druckmittel einsetze – inklusive Export und Verwendungsbeschränkungen. Die VRB fordert daher eine Öffnung des CRMA für alle mineralischen Rohstoffe, da der Wohlstand Deutschlands von einer breiten Palette von Ressourcen abhängt – von Lithium und Seltenen Erden bis zu Kalk, Kali, Quarzsand, Gips und Kies. Konsequent leitete *Kulik* daraus drei zentrale Handlungsfelder ab: Erstens, der Abbau von Bürokratie und regulativen Hemmnissen, etwa im Rahmen der Bodenschutz Verordnung, die derzeit der heimischen Rohstoffgewinnung eher entgegenstehe. Zweitens, eine wirksame Beschleunigung der Genehmigungsverfahren bei gleichbleibend hoher Rechtssicherheit – unter anderem durch Änderungen im Verbandsklagerecht. Drittens, bessere Rahmenbedingungen für die Finanzierung neuer Rohstoffprojekte und Exploration, etwa durch Öffnung des nationalen Rohstofffonds und Förderprogramme für Explorationsvorhaben. Ergänzend fordert die VRB gemeinsam mit anderen Verbänden, die Rohstoffgewinnung als „überragendes öffentliches Interesse“ anzuerkennen, um Genehmigungen zu erleichtern und die politische wie gesellschaftliche Akzeptanz zu stärken.

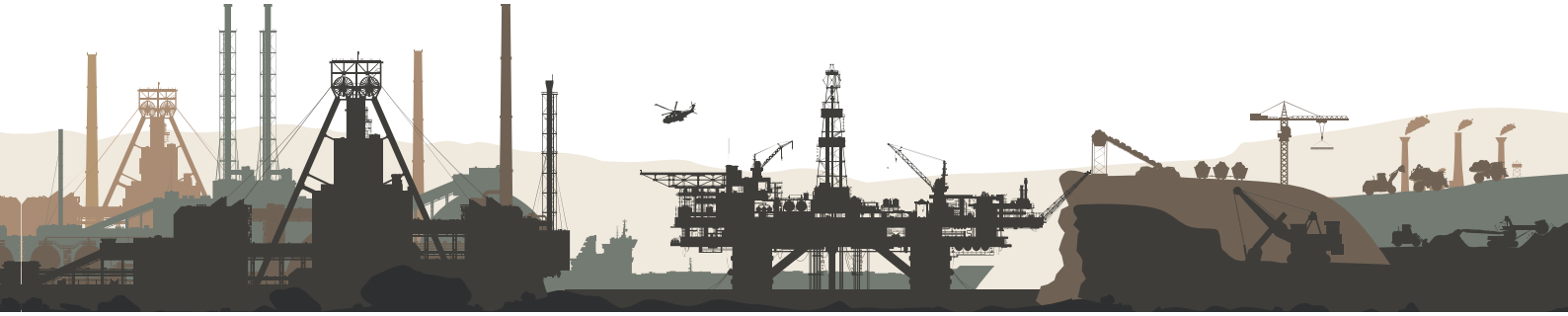
Rohstoffpolitik der Bundesregierung: Signal für pragmatische Stärkung des Bergbaus

Staatssekretär *Stefan Rouenhoff* aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie knüpfte direkt an diese Bestandsaufnahme an. Er stellte klar heraus, dass Deutschland – entgegen landläufigen Einschätzungen – ein rohstoffreiches Land sei und über eine starke, oft unterschätzte Rohstoffindustrie verfüge, die unter höchsten Umweltauflagen produziere. Gerade wer Projekte „vor der eigenen Haustür“ ablehne, müsse sich vor Augen führen, dass heimischer Rohstoffabbau nicht nur strengen Standards unterliegt, sondern auch einen zentralen Beitrag zu Rohstoffsicherheit, regionaler Wertschöpfung, guten Arbeitsplätzen und Innovation entlang der Wertschöpfungsketten leistet.

Rouenhoff bestätigte das im Koalitionsvertrag gegebene Versprechen, den heimischen Rohstoffabbau zu stärken und Genehmigungen pragmatisch zu erleichtern – unter Wahrung der Umwelt und Sozialstandards. Der Status quo sei jedoch von aufwendigen, teils zehn bis fünfzehn Jahre dauernden Verfahren, hoher Bürokratie, hohen Energiekosten, Fachkräftemangel und Vorbehalten in Teilen der Bevölkerung geprägt. Es sei daher „allerhöchste Zeit“, die Verfahren massiv zu beschleunigen und zu einer von Pragmatismus geprägten Politik zurückzukehren. Aufgabe der Politik sei es, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die Investitionen erleichtern und Unsicherheit reduzieren, statt Unternehmen über Jahre in Verfahren mit ungewissem Ausgang zu binden.

Als zentralen europäischen Baustein hob *Rouenhoff* den Critical Raw Materials Act hervor, der strategische Projekte in Gewinnung, Verarbeitung und Recycling identifiziert und diesen beschleunigte Genehmigungen sowie besseren Zugang zu Finanzierungsinstrumenten gewährt. Derzeit seien in Deutschland erst drei Projekte als strategisch eingestuft – deutlich zu wenig. Der laufende zweite Auswahlprozess mit Frist bis 15. Januar 2026 sei daher eine Chance für weitere Vorhaben, die das Potenzial heimischer Rohstoffvorkommen heben könnten. Gleichzeitig betonte er, dass europäische Regelungen allein nicht ausreichten: Es brauche nationale flankierende Maßnahmen, insbesondere zur Verfahrensbeschleunigung, ein verstärktes Rohstoffmonitoring durch die Deutsche Rohstoffagentur (DERA) sowie eine aktive Kommunikation mit der Öffentlichkeit.

Sein Signal an die Branche war eindeutig: Die Bundesregierung wolle praktische, gemeinsam mit Wirtschaft und Ländern erarbeitete Rohstoffpolitik gestalten, die die Nutzung heimischer Vorkommen erleichtert, Importabhängigkeiten reduziert und gesellschaftliche Akzeptanz gezielt stärkt.



Rouenhoff kündigte dazu eine Rohstoffreise durch Deutschland und eine hochrangige Gesprächsrunde mit Staatssekretärinnen und Staatssekretären verschiedener Ressorts sowie Vertretern der Rohstoffindustrie an, um konkreten Änderungsbedarf – etwa beim Verbandsklagerecht und im Umweltrecht – zu identifizieren und Projekte von nationalem Interesse schneller umzusetzen. Der Dialog solle keine einmalige Runde bleiben, sondern zu konkreten Ergebnissen führen.

Markt, Projekte, Finanzierung: Internationale Perspektiven auf heimische Rohstoffe

Den fachlichen Auftakt des Nachmittags setzte *Dr. Peter Buchholz*, Leiter der Deutschen Rohstoffagentur (DERA) in der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe. Der Fokus seines Beitrags lag auf den globalen Entwicklungen der Rohstoffmärkte, den zunehmenden geopolitischen Spannungen und deren Auswirkungen auf Versorgungssicherheit und Preisbildung – Themen, die sich direkt mit der von *Rouenhoff* hervorgehobenen Bedeutung eines systematischen Rohstoffmonitorings verzahnen.

Anschließend rückte mit dem Vortrag von *Marko Uhlig*, Geschäftsführer der Zinnwald Lithium GmbH, ein konkretes heimisches Rohstoffprojekt in den Mittelpunkt, das exemplarisch für die strategische Bedeutung inländischer Batterierohstoffe steht. *Uhlig* spannte den Bogen von der Elektromobilität – mit Hunderttausenden Arbeitsplätzen und hoher Bruttowertschöpfung entlang der automobilen Wertschöpfungskette – über stationäre Energiespeicher bis hin zu neuen Anwendungen wie humanoiden Robotern. Überall dort, wo Mobilität und hohe Energiedichte entscheidend sind, sei Lithium als Speichermaterial kaum zu ersetzen. Vor diesem Hintergrund stellte *Uhlig* das Projekt Zinnwald im sächsischen Erzgebirge vor – ein Untertagebergwerk mit integrierter Aufbereitung und Weiterverarbeitung zu batteriefähigem Lithiumhydroxid.

Uhlig machte deutlich, dass ein derartiges Projekt in Deutschland nur mit frühzeitiger, umfassender Einbindung der Öffentlichkeit und einer Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung auf internationalem Niveau umsetzbar ist. Angesichts teils offener Skepsis in der Region – etwa gegenüber Windenergie und Lithiumprojekten – setze Zinnwald auf Transparenz, frühzeitigen Dialog und ein bewusst „state of the art“ ausgelegtes technisches Konzept. Entscheidend für das „Ob“ und „Wann“ seien nun Finanzierung, Genehmigungsgeschwindigkeit und Planungs sowie Rechtssicherheit – Punkte, die sich unmittelbar in die Debatte um CRMA, nationale Rohstoffpolitik und gesellschaftliche Akzeptanz einfügen.

Den Blick auf die Kapitalmärkte und deren Rolle für die Rohstoffsouveränität richtete anschließend *Dr. Michael Seeger*, CEO der MX Mining Capital Partners. Aus einer international geprägten Bergbau Biografie heraus beschrieb er ein Paradox: Deutschland ist eine der größten Volkswirtschaften mit erheblichem Know-how und Kapital, zugleich aber geprägt von hoher Risikoscheu, flachen Kapitalmärkten und einer geringen Zahl spezialisierter Fonds. Politische Unterstützung für Rohstoffprojekte sei zwar erkennbar, ein tragfähiges, marktnahes Finanzierungsmodell fehle jedoch weitgehend. Gerade in den risikoreichen Frühphasen bestehe eine ausgeprägte Finanzierungslücke. Klassische Kombinationen aus Eigenkapital und Bankkredit reichten kaum aus; moderne Bergbaufinanzierung setze auf „Blended Finance“ mit unterschiedlichen Bausteinen. Viele in Deutschland relevante Rohstoffprojekte befänden sich derzeit in fortgeschrittener Exploration oder Vor /Machbarkeitsstudien und seien oftmals mehrheitlich in ausländischer Hand. Ohne nennenswertes deutsches Kapital bestimmten ausländische Investoren die Konditionen – vom Tempo der Entwicklung über ESG-Anforderungen bis zur Ausgestaltung von Offtake-Verträgen. *Seeger* plädierte daher für eine ESG-konforme Mining Finance Plattform in Deutschland bzw. Europa, die Projekte, verschiedene Kapitalquellen und industrielle Nutzer systematisch zusammenbringt.

Nachwuchs und Engagement: Helmuth Burckhardt Preis 2025

Ein abschließender Höhepunkt der Jahrestagung war die Verleihung des Förderpreises des Helmuth Burckhardt-Preises 2025 an *M.Sc. Jan Niklas Bender*. In einer pointierten Laudatio würdigte VRB-Geschäftsführer *Dr. Martin Wedig* einen Nachwuchsingenieur, der fachliche Exzellenz, Innovationskraft und außergewöhnliches gesellschaftliches Engagement vereint.

Neben seinen wissenschaftlichen Leistungen – einschließlich Praktika bei verschiedenen Bergbauunternehmen, Auslandserfahrung in Australien und Veröffentlichungen in Fachzeitschriften – hob *Wedig* insbesondere *Benders* Engagement als Unterbrandmeister der Freiwilligen Feuerwehr und sein Wirken in universitären Gremien hervor. *Bender* stehe damit beispielhaft für eine Generation von Rohstoffingenieuren, die technische Präzision mit Verantwortungsbewusstsein, Hilfsbereitschaft und Kommunikationsstärke verbinde – Eigenschaften, die für eine gesellschaftlich akzeptierte Rohstoffgewinnung der Zukunft von zentraler Bedeutung sind.

Fazit: Heimische Rohstoffe als strategische Zukunftsaufgabe

Die VRB-Jahrestagung 2025 machte eindrücklich deutlich, dass heimische Rohstoffe weit mehr sind als eine technische Frage des Bergbaus. Sie sind Schlüssel für technologische Souveränität, das Gelingen der Energiewende, industrielle Resilienz und die Sicherung von Wohlstand in Deutschland. Auf der einen Seite steht eine leistungsfähige Industrie mit konkreten Projekten – von Kalibergbau und Industrieminerale über Öl und Gas bis hin zu Lithium für Batterien. Auf der anderen Seite stehen komplexe Genehmigungsprozesse, regulative Hürden, Finanzierungslücken und der Kampf um gesellschaftliche Akzeptanz. Wenn Deutschland die Chancen heimischer Rohstoffe für den Aufschwung nutzen will, braucht es kluge politische Entscheidungen, mutige Projekte im In und Ausland, innovative Finanzierungsstrukturen – und ein gemeinsames Bekenntnis zu einer Rohstoffpolitik, die Sicherheit, Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit gleichermaßen im Blick hat. „Heimische Rohstoffe für den Aufschwung“ ist damit nicht nur das Motto einer Tagung, sondern eine strategische Agenda für die kommenden Jahre.

Foto v.l.n.r.: ***Dr. Lars Kulik, M.Sc. Jan Niklas Bender, StS Stefan Rouenhoff, Prof. Dr. Bernd Lottermoser, Dr.Martin Wedig, Philipp Schollmeyer***